



Androsch: Ökostrom ist „Unfug“, weil zu hoch subventioniert

Energiepolitik

Hannes Androsch: „Die Atomkraft ist ein Beitrag zum Klimaschutz“

Der Industrielle Hannes Androsch kritisiert das Fehlen einer umfassenden Energiepolitik in Österreich. Der ehemalige Vizekanzler und Finanzminister der SPÖ fordert, den Anti-Atomkurs zu hinterfragen und die Wasserkraft in Österreich rasch auszubauen.

„Es war ein Fehler, das AKW Zwentendorf nicht in Betrieb und das Donaukraftwerk Hainburg sowie das Kraftwerk Dorfertal in Tirol nicht gebaut zu haben. Wir müssen die Haltung zur Atomkraft überdenken. Sie ist ein Beitrag zum Klimaschutz. Ohne Klimaschutz gibt es auch keinen Umwelt- und Naturschutz.“

Als „Heuchelei“ bezeich-

net Androsch die Tatsache, dass Österreich Atomstrom importiert und gleichzeitig eine Anti-Atompolitik propagiert. Er lässt nicht unerwähnt, dass Österreich bis zum Jahr 2004 Nettostromimporteur war. Die Erzeugung von Bio-Diesel oder Öko-Strom hält er „für Unfug. Das ist keine Alternative, weil sie zu hoch subventioniert werden müssen“.

Wasserkraft Um die Energieversorgung langfristig zu garantieren und Energie für Konsumenten billiger zu machen (der Strompreis stieg von 2000 bis 2007 um 20 Prozent), schlägt Androsch vor, die Wasserkraft aus ökologischen Gründen zu nut-

zen und Hainburg sowie andere Standorte auszubauen. „Ein Drittel der Wasserressourcen sind in Österreich noch nicht genutzt.“ Laut *E-Control* lag der Anteil der Wasserkraft an der gesamten Stromerzeugung in Österreich 2007 bei 55 Prozent.

Durch die Erschließung eigener Energiequellen könne Österreich die Abhängigkeit vom Öl reduzieren. „Wir sind gut beraten, uns vom Erdöl zu verabschieden, ehe sich dieses von uns verabschiedet.“

Wichtig ist dem Industriellen auch die Verbesserung der Energie-Effizienz. Durch bessere Förderung der Althaus-Sanierung könnten Haushalte jährlich bis zu 400 Euro sparen, rechnet An-

Androsch vor. Bei uns verursachen private Haushalte 40 Prozent der Treibhausgase, der Verkehr macht 20 bis 30 Prozent aus.

In ein nationales Energie-Konzept müssten auch die Energiegesellschaften der Länder einbezogen werden. „Die Energiegesellschaften

haben EU-Subventionen in Höhe von sechs Milliarden Schilling bekommen. Sie sind Einrichtungen der öffentlichen Hand und eine Ursache für die Teuerung. Sie müssten einen Beitrag zur Preisreduktion leisten“, verlangt Androsch.

– Margaretha Kopeinig